

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---------------------------------|--|
| 1. EPPA SA | |
| 2. Transparenzregister EU | |
| 3. Bayer | |
| 4. BASF | |
| 5. European Policy Centre | |
| 6. AmCham EU | |

EPPA SA

EPPA SA (European Public Policy Advisers Partnership S.A.) ist eine in 1987 gegründete Beratungsfirma mit dem Sitz in Brüssel. EPPA wirbt Kunden mit dem Versprechen Dialoge zu schaffen um politischen Einfluss zu nehmen. Das Unternehmen ist weltweit aktiv und beeinflusst im Interesse seiner Mandanten politische Entscheidungsträger und Gesetzesvorhaben. Die Lobby-Agentur "European Public Policy Advisers GmbH" in Berlin trägt denselben Namen, die beiden Firmen haben sich in 2004 getrennt, seitdem arbeitet nun eigenständig von der EPPA GmbH in Berlin^[1]. Die EPPA GmbH in Berlin war verstrickt in die [verdeckte Einflussnahme für die Deutsche Bahn](#), mit der Denkfabrik [Berlinpolis](#), zugunsten der Privatisierung.^[2]

| EPPA SA | |
|--------------------------|---|
| Rechtsform | Société anonyme, Aktiengesellschaft |
| Tätigkeitsbereich | Beratungsfirma |
| Gründungsdatum | 1987 |
| Hauptsitz | Brüssel Place du Luxembourg 2 1050 Brussels |
| Lobbybüro | |
| Lobbybüro EU | |
| Webadresse | eppa.com |

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|---|
| 1 Lobbystrategien und Einfluss | 2 |
| 2 EPPA SA im Transparenzregister EU | 3 |
| 3 Mitgliedschaft in Verbänden | 3 |
| 4 Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen | 3 |
| 5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus | 4 |
| 6 Einzelnachweise | 4 |

Lobbystrategien und Einfluss

Laut eigener Beschreibung repräsentiert EPPA in Brüssel die politischen Interessen verschiedener Unternehmen insbesondere aus den Bereichen Landwirtschaft, Chemie, Energie, Nahrungsmittel, Finanzdienstleistungen, Informations- und Kommunikationstechniken sowie Transport. Als Hauptaufgabe versteht EPPA die Verteidigung dieser Interessen gegenüber den europäischen Institutionen, in Form eines langfristigen Dialoges zwischen politischen Entscheidungsträgern und Unternehmen. Als Hauptziel gilt die Implementierung dieser Interessen in die EU Regularien.^[3] Zu den Unternehmen, die in ihrer Lobbyarbeit durch EPPA unterstützt werden, gehören unter anderem BASF, Total, Coca Cola, Bayer CropScience und Japan Tobacco International.^[4] Zudem profitierte die Firma auch von einem Seitenwechsler aus der europäischen Politik . Julian Priestley war seit 1973 für das Europäische Parlament tätig und war 10 Jahre Generalsekretär der Europäischen Union 1997 bis 2007. Im Jahr 2009 schließlich trat Priestley der EPPA SA bei.^{[5][6]}

EPPA SA im Transparenzregister EU

Im [Transparenzregister der EU](#) hat EPPA 15 Vollzeit-Lobbyisten registriert, von denen 10 für den Zugang zu den Räumlichkeiten des EU-Parlaments akkreditiert sind. Das Unternehmen brachte für das Geschäftsjahr 2015 zwischen 800.000 und 899.999 EUR für Lobbyarbeit auf. Die Mandanten mit dem höchsten Umsatzanteil von 200.000 und 299.000 Euro sind [Bayer CropScience](#), Japan Tobacco International (JTI), QD Vision und Sumitomo Chemical Agro Europe SAS. Auch [BASF](#), Total und Coca Cola sind Kunden der EPPA SA. EU-Initiativen, -Strategien und Rechtssetzungsvorhaben die von der Beratungsfirma beobachtet werden sind unter anderem: REACH, Tobacco products directive, Biocidal products regulation, Plant protection products regulation, Agricultural common market organisation regulation und das Freihandelsabkommen TTIP.^[7] Von derzeit 760 registrierten Beratungsfirmen im Transparenzregister liegt die EPPA auf Platz 15 im Ranking der häufigsten Treffen von professionellen, in Brüssel ansässigen Beratungsfirmen mit der Europäischen Kommission.^[8] Seit 2014 fanden 11 Treffen der Europäischen Kommission statt mit Lobbyisten der EPPA SA. Der häufigste Gastgeber dieser Treffen war Tom Tynan, welcher zu dem Themengebiet Landwirtschaft arbeitet und zweithäufigste Gastgeberin war Nathalie Chaze, Schwerpunkt Ihrer Arbeit ist Gesundheit. In 3 von 11 Treffen bezog sich der Inhalt auf Pflanzenschutz und in einem weiteren beispielsweise auf Düngemittel. Somit ist ein klarer Schwerpunkt im Bereich Landwirtschaft zu erkennen bei den Tätigkeiten und Kunden von EPPA SA.^[9]

Mitgliedschaft in Verbänden

EPPA ist Mitglied in verschiedenen Netzwerken und Verbänden. Hierzu gehören Academy of Business in Society, European Academy of Sciences and Arts, Mazungumzo (The African Forum in Brüssel) und zwei der größten Lobbyorganisationen [European Policy Centre](#) sowie [AmCham EU](#). Nach eigenen Angaben soll die Zusammenarbeit mit den Organisationen dazu beitragen, dass EPPA als Schnittstelle zwischen Politik, Gesellschaft und Unternehmen sich den ständig verändernden Rahmenbedingungen besser anpassen kann. Fakt ist, dass die Mitgliedschaft in diesen Organisationen den politischen Einfluss von EPPA erheblich erweitert.^[10]

Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen

Partner bei EPPA SA:

- Renato Addis
- Sharon Leclercq-Spooner
- Pascal Michaux
- Meglena Mihova
- Eduardo Mulas
- Stefan Schepers
- Julius Waller

Zu den Partnern gehören zu dem Team von Eppa zwei Senior Advisors, sieben Consultants und das Sekretariat.^[11]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [EPPA SA Website](#), abgerufen am 24.03.2017
2. ↑ [pr-journal.de](#), Titel: European Public Policy Advisers Partnership in Brüssel verurteilt Arbeitsweise der EPPA in Berlin, vom 6.7.2009, abgerufen am 28.03.2017
3. ↑ [EPPA Website: value-chain](#), abgerufen am 24.03.2017
4. ↑ [Transparenzregister EU: Profil der Organisation EPPA SA](#), abgerufen am 28.03.2017
5. ↑ [corporateurope.com Blog](#), Titel: EP elections ahead, how fast will the revolving door spin?, vom 28.04.2009, abgerufen am 28.03.2017
6. ↑ [BRF Nachrichten](#), Titel: Personelle Veränderungen im EU-Parlament, vom 25.10.2006, abgerufen am 28.03.2017
7. ↑ [Transparenzregister der EU: Profil der Organisation EPPA SA](#), abgerufen am 28.03.2017
8. ↑ [lobbyfacts.de: Statistik](#), abgerufen am 28.03.2017
9. ↑ [integritywatch.eu](#), abgerufen am 28.03.2017
10. ↑ [EPPA Website: Network](#), abgerufen am 24.03.2017
11. ↑ [EPPA Website: Team](#), abgerufen am 24.03.2017

Transparenzregister EU

Weiterleitung nach:

- [Lobbyregister EU](#)

Bayer

Bayer bezeichnet sich als Life-Science-Unternehmen mit Kernkompetenzen auf den Gebieten Gesundheit und Agrarwirtschaft.^[1] Mit der Übernahme von [Monsanto](#) im Juni 2018 ist der Konzern zum weltgrößten Anbieter von Pflanzenschutzmitteln und Saatgut geworden.^[2] Seine Glyphosat-Produkte vertreibt er unter dem Markennamen „Roundup“.

Laut Bundesumweltministerium gefährden Pflanzenschutzmittel wie Glyphosat die biologische Vielfalt, weil deren Einsatz immer der Beseitigung unerwünschter Pflanzen, Pilze oder Tiere auf den Ackerflächen dient.^{[3][4]} Beim Einsatz von Breitbandherbiziden und -insektiziden

Bayer AG



Rechtsform Aktiengesellschaft

Tätigkeitsbe Chemie- & Pharmabranche

werden Pflanzen und Tiere auf den Ackerflächen abgetötet, die gar nicht bekämpft werden sollen, zum Beispiel nützliche Insekten.^[5] Es gibt deshalb einen Interessenkonflikt zwischen den Herstellern von Pflanzenschutzmitteln, die von einem hohen Absatz profitieren, und weiten Kreisen der Bevölkerung, die sich für eine intakte Natur einsetzen. Vor diesem Hintergrund ist die massive Lobbytätigkeit der Agrarchemie gegen Einsatzbeschränkungen zu sehen. Bayer begründet den Einsatz von Pflanzenschutzmittel mit der Steigerung der Effizienz, Erträge und Widerstandsfähigkeit der Pflanzen.^[6]

| Bayer AG | |
|-----------------------|--|
| reich | |
| Gründungsdatum | 1863 |
| atum | |
| Hauptsitz | Leverkusen |
| Lobbybüro | |
| Lobbybüro | 40 Rue Bollard, 1000 Brussels, |
| EU | (+32) 25502112 |
| Webadresse | bayer.de |

Der Umsatz des Konzerns, der ca. 100 Tsd. Personen beschäftigt, lag im Jahr 2023 bei 47,6 Mrd. Euro.^[7] Etwa die Hälfte des Umsatzes entfällt auf den Bereich Crop Science. In Deutschland betragen die Lobbyausgaben 2023 zwischen 2.550.000 und 2.560.000 Euro, in Brüssel zwischen 7 und 7.999.999 Mio. Euro. Für die USA wurden die Lobbyausgaben 2022 mit 17,5 Mio. Euro beziffert.^[8]

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|----|
| 1 Geschäftsfelder | 5 |
| 2 Lobbyarbeit: Struktur und Strategien | 6 |
| 2.1 Lobbybüros, Lobbyist:innen und Lobbyausgaben | 6 |
| 2.2 Zusammenarbeit mit Lobbyagenturen | 7 |
| 2.3 Treffen mit Vertretern der EU Kommission | 7 |
| 2.4 Beziehungen zu Verbänden/Denkfabriken/Instituten | 7 |
| 2.5 Mitarbeit in Kommissionen des BfR | 8 |
| 3 Themen der Lobbytätigkeit | 8 |
| 4 Parteispenden | 9 |
| 5 Transparenz | 9 |
| 6 Kontroverse um das Pflanzenschutzmittel Glyphosat | 9 |
| 6.1 Umstrittene Zulassung von Glyphosat | 9 |
| 6.2 Glyphosate Renewal Group (frühere Bezeichnung: Glyphosate Task-Force) | 10 |
| 6.3 Online-Petition von Bayer: "Glyphosat: Kein Verbot ohne Alternative" | 10 |
| 6.4 2019: Recherchen von LobbyControl zu Glyphosat-Studien | 11 |
| 6.5 Klagen gegen Monsanto/Bayer | 12 |
| 7 Sonstige Fallbeispiele und Kritik | 12 |
| 7.1 2015: Gefälschte Postings in sozialen Medien (Österreich) | 12 |
| 7.2 2015: Intransparente Hochschulkooperation | 12 |
| 7.3 2011: Lobbyarbeit gegen eine EU-weite Finanztransaktionssteuer | 13 |
| 8 Weiterführende Informationen | 13 |
| 9 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus | 13 |
| 10 Einzelnachweise | 13 |

Geschäftsfelder

Bayer betätigt sich in den folgenden Bereichen:

- Crop Science (Pflanzenschutz, Saatgut und Pflanzeigenschaften)

- Pharmaceuticals (verschreibungspflichtige Produkte, Spezialtherapeutika und Radiologie)
- Consumer Health (verschreibungsfreie Medikamente)

Auf den Bereich Crop Science entfällt knapp die Hälfte des Umsatzes.^[9] Die Bayer CropScience Deutschland GmbH ist die deutsche Vertriebsgesellschaft der Division CropScience der Bayer AG

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

Bayer beschreibt seine Lobbytätigkeit wie folgt: „Zum Zwecke der Interessenvertretung werden Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern des Bundeskanzleramtes und der Bundesministerien sowie mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages geführt zur Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten hinsichtlich einer Vielzahl von Themenfeldern, die als Rahmenbedingungen für die unternehmerische Tätigkeit, auch im Hinblick auf die Situation der Beschäftigten des Unternehmens, von großer Bedeutung sind. Dabei geht es neben gesundheits- und agrarpolitischen Themen unter anderem um den Fachkräftemangel, den Wert der dualen Ausbildung, Lieferketten und Nachhaltigkeit bis hin zum Bürokratieabbau. Zweck der Interessenvertretung ist es, die Sicht der Praxis zu vermitteln und Impulse zur Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Lage zu geben. Im Zuge dessen werden auch parlamentarische Abende und Diskussionsveranstaltungen durchgeführt, zu denen Regierungsmitglieder, Abgeordnete sowie Vertreterinnen und Vertreter der Ministerien eingeladen werden.“^[10]

Lobbybüros, Lobbyist:innen und Lobbyausgaben

Das vom Global Public Affairs Head geleitete Global Public Affairs Leadership Team, bestehend aus den jeweiligen Public Affairs Heads der Divisionen und zentralen Verbindungsbüros, entwickelt die Public Affairs Prioritäten und Strategien und ist für das Talent Management zuständig.^[11] Für die konkrete Umsetzung der Interessenvertretung vor Ort, das Einhalten ethischer und rechtlicher Kriterien und die Herstellung von Transparenz sind die jeweiligen Ländervertretungen verantwortlich.

Die Kosten der politischen Verbindungsbüros des Konzerns beliefen sich im Jahr 2020 auf rd. 16 Mio. Euro, davon zwei Mio. Euro in Berlin, Deutschland.^[12] Diese Angaben beinhalten jeweils Sach-, Personal- und Projektkosten und können im Einzelnen dem Bayer-Nachhaltigkeitsbericht entnommen werden.

Laut deutschem Lobbyregister lagen die Lobbyausgaben der Bayer AG in Deutschland im Jahr 2023 zwischen 2.550.000 und 2.560.000 Euro, in Europa laut EU-Transparenzregister zwischen 7 und 7.999.999 Mio. Euro.^{[13][14]} Die Zahl der Lobbyist:innen wurde für Deutschland mit 22 (Vollzeitäquivalent: 3,71) angegeben, für die EU mit 76 (Vollzeitäquivalent: 25,9). Die Bayer Crop Science Deutschland GmbH hatte 2023 Lobbyausgaben zwischen 90.001 und 100.00 Euro.^[15]

Im Mittelpunkt der Lobbytätigkeit in den USA steht die Reduzierung der Milliardenbeträge, die Bayer für die Beilegung von Glyphosatklagen in den USA ausgibt. Nach Recherchen der Wirtschaftswoche will Bayer über Gesetzesänderungen die Klagen signifikant eindämmen.^[16] So soll der Kongress es den Bundesbehörden untersagen, Warnhinweise auf Produkten zu fördern, bei denen die nationalen Behörden keine besonderen Risiken sehen. Allein im ersten Halbjahr habe der Konzern mehr als 4,3 Mio. Dollar für Interessenvertretung ausgegeben. Das Geld fließe auch in Informationskampagnen, Anzeigen oder Internetseiten, um die öffentliche Meinung im Sinne von Bayer zu beeinflussen. Derzeit arbeiteten in den USA 51 Lobbyisten direkt und indirekt für Bayer. Neben den Lobbyaktivitäten arbeite Bayer auch daran, die Causa Glyphosat vor den obersten Gerichtshof zu bringen.

Zusammenarbeit mit Lobbyagenturen

Laut EU Transparenzregister vergibt Bayer Aufträge an [Lobbyagenturen](#). Die Unternehmen mit dem höchsten Auftragsvolumen waren 2023:

- [Rud Pedersen Public Affairs](#): eine Mio. Euro
- [EUTOP Europe GmbH](#): 400.000 bis 499.999 Euro
- [FIPRA International](#) 100.000 bis 199.999 Euro
- [FS Global](#): 100.000 bis 199.999 Euro
- [Penta \(ehem. Hume Brophy\)](#).: 100.000 bis 199.999 Euro

Quelle: ^[17]

Treffen mit Vertretern der EU Kommission

Zwischen 2015 und Oktober 2024 gab es 51 Treffen von Bayer mit Vertretern der EU-Kommission^[18]

Beziehungen zu Verbänden/Denkfabriken/Instituten

Bayer ist Mitglied/Förderer der folgenden Organisationen:

- [Verband Forschender Arzneimittelhersteller \(vfa\)](#)
- [Verband der Chemischen Industrie \(VCI\)](#)
- [Bundesarbeitgeberverband Chemie \(BAVC\)](#)
- [Forum Moderne Landwirtschaft](#) (Vizepräsidentin: Karin Guendel Gonzalez, Bayer Crop Science; Präsident: Joachim Rukwied, Präsident [Deutscher Bauernverband](#))
- [BIO Deutschland](#) (Branchenverband der Bio-Technologie)
- [Industrieverband Agrar](#) (Interessenverband der Pflanzenschutz- und Düngemittelindustrie)
- [ICC Germany](#)
- [econsense - Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft](#)
- [Industrie-Förderung Gesellschaft mbH](#)
- [Bundesverband der Deutschen Industrie \(BDI\)](#)
- [Westwind](#)
- [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)
- [Deutsches Aktieninstitut](#)
- [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- [Wirtschaftsforum der SPD](#)
- [British Chamber of Commerce in Germany](#)
- [AmCham Germany](#)
- [Atlantik-Brücke](#)
- [European Chemical Industry Council \(CEFIC\)](#)
- [European Federation of Pharmaceutical Industries Association \(EFPIA\)](#)
- [The Association of the European Self-Medication Industry \(AESGP\)](#)
- [CropLife Europe \(CLE\)](#)
- [European Crop Protection Association \(ECPA\)](#)
- [Plants for the Future](#)
- [Euroseeds](#)

- [Cosmetics Europe](#)
- [DIGITALEUROPE](#)
- [BITKOM](#)
- [European Justice Forum](#)
- [Food Supplements Europe](#)
- [MedTech Europe](#)
- [COCIR](#)
- [European Risk Forum](#)
- [EuropaBio](#)
- [Businesseurope](#)
- [European Federation of Pharmaceutical Industries and Associations \(EFPIA\)](#)

Im Jahr 2022 wurden Mitgliedsbeiträge in folgender Höhe an Wirtschaftsverbände entrichtet:

- International und global: 2,5 Mio. Euro
- Europäische Union: 4 Mio. Euro
- USA 12,5 Mio. Euro
- Brasilien 1,7 Mio. Euro
- China 0,1 Mio.

Quelle: ^[19]

Mitarbeit in Kommissionen des BfR

Folgende Bayer-Mitarbeiter:innen sind Mitglieder der Kommission für Pflanzenschutzmittel und Biozidprodukte des [Bundesinstitut für Risikobewertung](#) (BfR):

- Frank Laporte, Bayer SAS/Frankreich (Stand: 12/2023)

Themen der Lobbytätigkeit

2023/24 betraf die Lobbyarbeit laut Lobbyregister die folgenden Regelungenvorhaben^[20]:

- Tierschutzgesetz
- Verordnung zur Änderung der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung (Genehmigung der sachkundlichen Anwendung von Glyphosathaltigen Produkten ab dem 01.07.2024). Erläuterung: Der Bundesrat hat am 14. Juni 2024 die vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) auf den Weg gebrachte Änderung der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung beschlossen, in der die bestehenden Einschränkungen bei der Anwendung von Glyphosat fortgeschrieben werden.^[21] Die Anpassung des deutschen Pflanzenschutzrechts war nötig geworden, weil die EU-Kommission Glyphosat im November 2023 für weitere zehn Jahre zugelassen hatte.
- EU-Pharma-Paket / Pharma-Package (EU General Pharmaceutical Legislative Revision)
- Implementierung der Urban Waste Water Treatment Directive (UWWTD)
- Ermöglichung des notwendigen PFAS-Einsatzes für die Herstellung und Verpackung von Arzneimitteln
- Strategie Fachkräftegewinnung

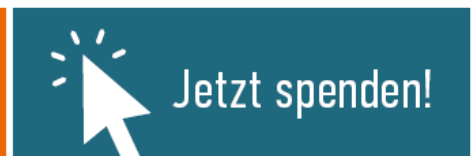
Nach [Recherchen von Corporate Europe](#) ist Bayer Mitglied einer Vielzahl von Verbänden, die in den letzten Jahren und Monaten zu den folgenden EU-Projekten lobbyierten:

- gegen die "Chemicals Strategy for Sustainability" (CSS ist ein Pfeiler des European Green Deal)
- gegen die "REACH revision" (dies hätte die Regulierung von Chemikalien verschärft)
- gegen die "PFAS restriction" (Ziel ist die Regulierung von Chemikalien für die Ewigkeit)
- gegen den "export ban on toxic chemicals and pesticides"
- gegen die "pesticide reduction targets" (SUR –Sustainable Use Regulation)
- für die "expansion of glyphosate use in Europe"
- für die uneingeschränkte Nutzung von "new genetically modified organisms"(new GMOs or NGTs)

Parteispenden

Es gibt einen [Verhaltenskodex für verantwortungsvolles Lobbying](#), nach dem Bayer als Unternehmen keine direkten Spenden an politische Parteien oder Kandidaten leistet.

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen.
Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und
werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Transparenz

Mit der 2017 ins Leben gerufenen Transparenz-Initiative verpflichtet sich Bayer, Forschungsdaten zur Sicherheit seiner Pflanzenschutzmittel öffentlich zugänglich zu machen.^[22] Weiterhin werden die Kosten der Lobbyarbeit für die Länder veröffentlicht, in denen Bayer Verbindungsbüros unterhält. Nach Enthüllungen von LobbyControl zur verdeckten Finanzierung von Glyphosat-Studien hat Bayer ein Forschungsregister vorgelegt.^[23] Der [Bayer Science Collaboration Explorer](#) listet Forschungsk Kooperationen zwischen Universitäten und anderen wissenschaftlichen Instituten mit den folgenden Angaben auf: Art der Kooperation, Vertragspartner (Universität oder Klinikum), die Konzernsparte, die den Vertrag abgeschlossen hat, Zeitpunkt, Land, Auftragshöhe sowie das Thema der Kooperation. Nach Einschätzung von LobbyControl erfüllt das Register seine Funktion in der vorliegenden Form noch nicht und sollte deshalb nachgebessert werden.

Kontroverse um das Pflanzenschutzmittel Glyphosat

Die Lobbyarbeit von Monsanto/Bayer zur Förderung und Zulassung von Glyphosat wird im Artikel [Monsanto](#) und von der NGO Corporate Europe Observatory in [Bayer's Toxic Trails - Market Power, monopolies, and the global lobbying of an agrochemical giant](#) beschrieben.

Umstrittene Zulassung von Glyphosat

Im Juli 2017 schlug die EU-Kommission einem Expertenausschuss vor, die Zulassung von Glyphosat um weitere zehn Jahre zu verlängern.^[24] Am 27. November 2017 hat eine Mehrheit der EU-Staaten einer Verlängerung der Zulassung um weitere 5 Jahre zugestimmt. Den Ausschlag gab dabei das

Abstimmungsverhalten der Bundesregierung, die sich bei früheren Abstimmungen enthalten hatte, weil die zuständigen Minister Christian Schmidt (CSU) und Barbara Hendricks (SPD) sich nicht einig waren. Dieses Mal setzte sich Landwirtschaftsminister Schmidt jedoch ohne Abstimmung mit der Bundeskanzlerin und gegen den Widerspruch von Umweltministerin Hendricks über die Geschäftsordnung der Bundesregierung hinweg und stimmte eigenmächtig der Verlängerung zu.^[25]

Im November 2023 hat die EU-Kommission die Zulassung für Glyphosat für weitere 10 Jahre verlängert, nachdem sich in einem EU-Berufungsausschuss weder genug Vertreterinnen und Vertreter der EU-Staaten für noch gegen einen weiteren Einsatz des Mittels ausgesprochen hatten.^[26] Deutschland hatte sich enthalten, obwohl im Koalitionsvertrag vereinbart worden war, Glyphosat bis Ende 2023 vom Markt zu nehmen.^[27] Die FDP war für eine Zulassungs-Verlängerung eingetreten, die Grünen waren dagegen.^[28]

Die [Verordnung zur Änderung der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung](#), die am 1. Juli 2024 in Kraft getreten ist, ist wie folgt begründet worden: „Der Wirkstoff Glyphosat wurde zur Verwendung in Pflanzenschutzmitteln mit der Durchführungsverordnung (EU) 2023/2660 der Kommission vom 28. November 2023 erneut genehmigt. Ein vollständiges nationales Anwendungsverbot ist daher gegenwärtig nicht mit EU-Recht vereinbar. Das Inkrafttreten des - vorläufig ausgesetzten - vollständigen Anwendungsverbots wird deshalb aufgehoben. Um keine Verschlechterung gegenüber der bisher geltenden Rechtslage eintreten zu lassen, müssen die bisherigen Einschränkungen für die Anwendung von Glyphosat-haltigen Pflanzenschutzmitteln zwingend erhalten bleiben, um den Schutz der Artenvielfalt, des Naturhaushaltes und der Gewässer weiterhin sicherzustellen.“^[29]

Glyphosate Renewal Group (frühere Bezeichnung: Glyphosate Task-Force)

Die Glyphosate Renewal Group (GRG) ist ein Zusammenschluss von Unternehmen, die sich für eine erneute Zulassung von Glyphosat in der EU einsetzen.^[30] Hierzu bereiteten die Mitglieder einen gemeinsamen Antrag mit wissenschaftlichen Studien und Informationen zur Sicherheit von Glyphosat vor. Der Antrag wurde im Zuge des EU-Genehmigungsverfahrens den an der nächsten Bewertung beteiligten Mitgliedstaaten ([Assessment Group on Glyphosate](#)) sowie der [Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit](#) (EFSA) am 12. Dezember 2019 vorgelegt.^[31] Am 8. Juni 2020 wurde ergänzend ein Scientific Dossier zur Beurteilung der Sicherheit von Glyphosat übergeben. Der weitere Entscheidungsprozess ist [hier](#) dokumentiert. Im November 2023 hat die EU-Kommission die Glyphosat-Zulassung für weitere 10 Jahre angekündigt.^[32]

Mitglieder der GRG sind: Albaugh Europe SARL, Barclay Chemicals Manufacturing Ltd., Bayer Agriculture bvba, Ciech Sarzyna S.A., Crop Alliance Unipessoal LDA., Nufarm GMBH & Co.KG, Sinon Corporation, Syngenta Crop Protection AG.

Online-Petition von Bayer: "Glyphosat: Kein Verbot ohne Alternative"

2023 veröffentlichte die Lobby-Agentur Rud Pedersen im Auftrag von Bayer eine Online-Petition mit dem Titel: "Glyphosat: Kein Verbot ohne Alternative", die sich an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages wendet. Bayer behauptet, dass es keine Alternative zu dem Unkrautvernichtungsmittel gäbe und sowohl landwirtschaftliche Betriebe als auch der Weinbau vor Problemen stünden, die die Lebensmittelproduktion einschränken würden. Hingegen argumentiert der BUND, dass der Öko-Landbau schon seit Jahrzehnten ohne Glyphosat auskomme und unerwünschte Pflanzen durch verschiedene Fruchtfolgen usw. unterdrückt würden.

Das Herbizid Glyphosat durfte in der EU bis zum 15.12.2023 verwendet werden, d.h. es stand eine Entscheidung in der EU und den Mitgliedsstaaten über die Verlängerung der Zulassung an. Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit [EFSA](#) hat im Juli 2023 keine inakzeptablen Gefahren festgestellt.

Download des Factsheet ^[33]

Die EFSA-Einschätzung ist umstritten. Umweltverbände wie der BUND beklagen Datenlücken im EFSA-Bericht, wie die Behörde auch selbst zugibt. Es geht unter anderem um etwaige Risiken für die Ernährung der Verbraucher oder die Reduzierung der Artenvielfalt durch Eingriff in die Nahrungskette. Beim Umweltbundesamt heißt es dazu: "... dass der großflächige Einsatz von PSM [Pflanzenschutzmittel] in der Intensivlandwirtschaft insbesondere für Feldvogelarten wie Rebhuhn, Goldammer und Feldlerche eine wesentliche Gefährdungsursache darstellt und für den fortlaufenden Rückgang der Bestände dieser Arten mitverantwortlich ist."^[34] Bis zu 40 Prozent der deutschen Äcker werden mit Glyphosat gespritzt; das Totalherbizid vernichtet alle unerwünschten Gräser und Kräuter.

2019: Recherchen von LobbyControl zu Glyphosat-Studien

Im Dezember 2019 veröffentlichte LobbyControl Recherchen, nach denen [Monsanto](#) Glyphosat-Studien in Deutschland über das Institut für Agribusiness aus Gießen [verdeckt finanzierte und für die eigene Lobbyarbeit einsetzte](#). Bayer gestand kurz darauf die Finanzierung der Studien durch Monsanto ein und sagte außerdem, dass intransparente Wissenschaftsfinanzierung ihren ethischen Standards widerspräche. Es kündigte ein Kooperationsregister an, in dem alle Forschungsk Kooperationen einschließlich wissenschaftlicher Aufsätze verzeichnet werden sollen. Dies sei Teil ihrer neuen Statuten im Umgang mit Öffentlichkeit und Politik.^[35] Bereits im Dezember erfolgte eine Anfrage durch LobbyControl, inwiefern Monsanto beziehungsweise Bayer neben den Gießener Studien weitere zu Glyphosat in Auftrag gegeben haben. Darauf erhielt LobbyControl zunächst keine Antwort. Erst auf mehrmaliges Nachhaken zu einzelnen Studien, räumte Bayer ein, dass auch ähnliche Studien der Beratungsfirma RSK Adas in Großbritannien von Monsanto finanziert wurden. Bayer hat nach eigener Auskunft inzwischen neue sozioökonomische Studien bei jenem britischen Beratungsinstitut in Auftrag gegeben. Diese sind für das laufende Verfahren um eine Verlängerung der europäischen Glyphosat-Zulassung 2022 gedacht. Sie sollen dann als „Bayer on behalf of the Glyphosate Renewal Group“ gekennzeichnet werden („Bayer im Namen der Glyphosate Renewal Group“). Bayer rückt damit zumindest an dieser Stelle von der intransparenten Lobbystrategie Monsanto ab. Bei der Aufarbeitung der Fälle aus der Vergangenheit zeigte sich Bayer allerdings weniger transparent und bestätigte vor allem das, was kaum noch abzustreiten war. Auf weitergehende Fragen hieß es oft nur, es lägen ihnen keine Informationen vor.^[36] Das betrifft etwa die Verwicklung von Bayer CropScience selbst in das Institut für Agribusiness, das private Institut eines Gießener Universitätsprofessors, welches die von Monsanto finanzierten Studien durchführte. Bayer war in das Institut involviert und es bleibt deshalb fraglich, ob sie von diesen unsauberen Methoden Monsanto tatsächlich nichts gewusst haben. So war Bayer CropScience im Vorstand des Trägervereins des Instituts für Agribusiness (IAB) vertreten und arbeitete mit diesem sowie mit Prof. Schmitz zusammen. Zwischen 2006 und 2016 gab Bayer CropScience dort sechs Studienprojekte in Auftrag, es flossen 63.000 Euro. Bayer CropScience betont nach außen, dass es sich für Transparenz einsetze und hohe ethische Maßstäbe an sich und seine Partner anlege, hat bislang aber nicht darauf geantwortet, ob es diese Standards beim Institut für Agribusiness für gegeben hält. Auch weitergehende Fragen zur Rolle von Bayer CropScience blieben ohne Antwort.^[37]

Klagen gegen Monsanto/Bayer

Im [Geschäftsbericht 2023](#) berichtet Bayer über die Klagen gegen Monsanto/Bayer wegen vermutlich krebserregender Risiken von Glyphosat: „Bis zum 31. Januar 2024 hat Monsanto in einer beträchtlichen Zahl von Ansprüchen Vergleichsvereinbarungen erzielt oder steht kurz davor. Von insgesamt ca. 167.000 angemeldeten Ansprüchen wurden ca. 113.000 verglichen oder erfüllen aus verschiedenen Gründen nicht die Vergleichskriterien. Bis zum 31. Januar 2024 wurden 19 Verfahren vor Bundes- oder einzelstaatlichen Gerichten mit Geschworenen in Kalifornien, Missouri, Oregon und Pennsylvania abgeschlossen. In zehn dieser Gerichtsverfahren entschieden die Jurys zugunsten von Monsanto. In den übrigen neun Verfahren wurden den Klagenden kompensatorischer Schadenersatz sowie ein Vielfaches davon als sogenannter Strafschadenersatz (punitive damages) zugesprochen. Einige dieser Fälle wurden später verglichen, aber in den meisten Fällen hat Monsanto erstinstanzliche Rechtsmittel oder Berufung gegen die Jury-Entscheidungen eingelegt oder beabsichtigt, das zu tun...Per 31. Dezember 2023 belief sich die Rückstellung von Bayer für den Verfahrenskomplex Glyphosat auf insgesamt 6,3 Mrd. USD (5,7 Mrd. €).“

An der Börse ist Bayer nur noch etwa 30 Mrd. Euro wert - rund halb so viel, wie der Konzern für Monsanto bezahlt hat.^[38]

Sonstige Fallbeispiele und Kritik

2015: Gefälschte Postings in sozialen Medien (Österreich)

Am 10. September 2015 hat der österreichische Ethik-Rat für Public Relations eine Rüge gegen den Pharmakonzern BAYER und sechs weitere Unternehmen „wegen planmäßiger Täuschung von Userinnen und Usern in großem Stil durch gefälschte Postings“ ausgesprochen. Ausgeführt wurden diese von der Agentur [mhoch3](#).^[39] "In seiner Begründung führt der Rat an, dass von professionellen Auftraggebern dieser Größe und Bedeutung zu erwarten gewesen wäre, dass der Modus der Auftragserfüllung bereits vor Auftragserteilung inhaltlich und ethisch hinterfragt wird. Das gilt vor allem für ein Unternehmen im sensiblen Gesundheitsbereich, das besonders strengen Regelungen – auch hinsichtlich der Kommunikation – unterliegt. Die jahrelange und weitreichende Zusammenarbeit mit mhoch3 in sensiblen Themenbereichen wie der Debatte über die umstrittene Hormonspirale Mirena ist daher scharf zu kritisieren."^[40]

2015: Intransparente Hochschulkooperation

Im August 2015 entschied das Oberverwaltungsgericht Münster, dass Bayer keine Einsicht in seinen Kooperationsvertrag mit der Universität zu Köln gewähren muss. Kritiker hatten unter Berufung auf das Informationsfreiheitsgesetz gefordert, dass Universität und Unternehmen ihren Geheimvertrag offenlegen. Befürchtungen über Auftragsforschungen oder die Vertuschung von Ergebnissen, die sich negativ auf das Unternehmen auswirken könnten, konnten so weder Bayer noch die Universität glaubhaft ausräumen.^[41] Auch die Frage nach der kommerziellen Verwertung von Forschungsergebnissen und Patenten ist unklar.

2011: Lobbyarbeit gegen eine EU-weite Finanztransaktionssteuer

Als Reaktion auf die Finanzkrise 2008 legte die EU-Kommission 2011 einen Vorschlag für eine Richtlinie zur Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer vor. Sie sah eine Besteuerung für den Kauf und Verkauf von Finanzprodukten vor, die je nach Produkt und Höhe der Transaktion zwischen 0,01 und 0,1 Prozent betragen sollte. Sie sollte dazu dienen, Anreize für Spekulationen zu senken und die Finanzinstitute an den Kosten der Finanzmarktkrise zu beteiligen.^[42]

Berechnungen des [Deutschen Aktien Instituts](#) zufolge (ein weiterer Akteur gegen die Finanztransaktionssteuer), hätte Bayer damit rechnen müssen, jährlich 45 Millionen Euro an zusätzlichen Steuern zu zahlen. Bayer stemmte sich unter Berufung auf diese Zahlen gegen eine Finanztransaktionssteuer.^{[43][44]} Im Zusammenspiel mit anderen Wirtschaftsverbänden und Finanzlobbygruppen ([Goldman Sachs](#), [Bundesverband Investment und Asset Management](#), [Siemens](#) etc.) wurden umfassend Zweifel gesät, wodurch der ursprüngliche Entwurf zunehmend durch Ausnahmen und Anpassungen verwässert wurde, bis das Projekt letztendlich im Sande verlief.^[45]

Andere Verbände, Institutionen und Finanzexpert:innen sehen überwiegend gesamtgesellschaftliche Vorteile in einer Finanztransaktionssteuer, da sie ein krisenfesteres Finanzsystem und hohe Steuereinnahmen verspricht.^{[46][47][48][49][50]}

Weiterführende Informationen

- [Bayer Political Transparency, Dezember 2023](#)
- [Bayer's Toxic Trails - Market Power, monopolies, and the global lobbying of an agrochemical giant, 23.09.2024](#)
- [Monsanto: noch mehr unsaubere Glyphosat-Studien 12. März 2020](#)
- [Verein Coordination gegen BAYER-Gefahren](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Profil und Organisation](#), bayer.de, abgerufen am 11.03.2019
2. ↑ [Bayer streicht den Namen Monsanto](#), sueddeutsche.de vom 04.06.2018, abgerufen am 08.06.2018
3. ↑ [FAQ: Plan zum Glyphosat-Ausstieg](#), bmuv.de, abgerufen am 06.10.2024
4. ↑ [Bodenlebewesen werden durch Pflanzenschutzmittel gefährdet](#), umweltbundesamt.de vom 30.08.2024, abgerufen am 07.10.2024
5. ↑ [FAQ: Plan zum Glyphosat-Ausstieg](#), bmuv.de, abgerufen am 06.10.2024
6. ↑ [Über Produktionssteigerungen hinaus](#), bayer.com, abgerufen am 06.10.2024
7. ↑ [Geschäftsbericht 2023](#), lobbyregister.de, abgerufen am 0.10.2024
8. ↑ [Bayer Political Transparency, Dezember 2023](#), bayer.com, abgerufen am 06.10.2024
9. ↑ [Geschäftsbericht 2023](#), lobbyregister.de, abgerufen am 0.10.2024

10. ↑ [Bayer AG, lobbyregister.de vom 18.09.2024](#), abgerufen am 04.10.2024
11. ↑ [Unsere Governance für politisches Engagement](#), bayer.com, abgerufen am 05.12.2023
12. ↑ [Unsere Grundsätze und Positionen für politisches Engagement](#), bayer.com, abgerufen am 05.12.2023
13. ↑ [Bayer AG, lobbyregister.de vom 18.09.2024](#), abgerufen am 04.10.2024
14. ↑ [Bayer AG, lobbyregister.de vom 18.09.2024](#), abgerufen am 04.10.2024
15. ↑ [Bayer Crop Science Deutschland GmbH, lobbyregister.de vom 28.06.2024](#), abgerufen a, 06.10.2024
16. ↑ [Nun soll massives Lobbying die Glyphosat-Sorgen von Bayer lösen](#), wiwo.de vom 09.10.2024, abgerufen am 11.10.2024
17. ↑ [Bayer AG, transparency-register.europa.eu vom 15.03.2024](#), abgerufen am 05.10.2024
18. ↑ [List of Meetings](#), ec.europa.eu, abgerufen am 05.10.2024
19. ↑ [Bayer Political Advocacy Transparence December 2023](#), bayer.com, abgerufen am 11.10.2024
20. ↑ [Bayer AG, lobbyregister.de vom 18.09.2024](#), abgerufen am 04.10.2024
21. ↑ [Glyphosat: Anwendungseinschränkungen bleiben bestehen](#), bmel.de vom 14.06.2024, abgerufen am 05.10.2024
22. ↑ [Transparenz-Initiative](#), bayer.de, abgerufen am 11.03.2019
23. ↑ [Nach Lobbycontrol-Enthüllungen: Bayer legt Forschungsregister vor](#), lobbycontrol.de vom 05.10.2021, abgerufen am 08.11.2021
24. ↑ [Glyphosat: EU-Kommission schlägt Zulassung für weitere zehn Jahre vor](#), spiegel.de vom 20.07.2017, abgerufen am 08.04.2020
25. ↑ [Rüge von Merkel: Schmidt hat sich bei Glyphosat nicht an Weisung gehalten](#), sueddeutsche.de vom 28.11.2017, abgerufen am 08.04.2020
26. ↑ [EU-Kommission verlängert Glyphosat-Zulassung](#), tagesschau.de vom 16.11.2023, abgerufen 05.10-2024
27. ↑ [EU-Kommission verlängert Glyphosat-Zulassung](#), tagesschau.de vom 16.11.2023, abgerufen 05.10-2024
28. ↑ [EU-Kommission verlängert Glyphosat-Zulassung](#), tagesschau.de vom 16.11.2023, abgerufen 05.10-2024
29. ↑ [Verordnung zur Änderung der Anwendungsverordnung](#), dserver.bundestag.de, abgerufen am 05.10.2024
30. ↑ [What is the Glyphosate Renewal Group](#), glyphosat.eu, abgerufen am 06.12.2023
31. ↑ [Glyphosate Renewal in the EU](#), bayer.com, abgerufen am 05.10.2024
32. ↑ [EU-Kommission kündigt Glyphosat-Zulassung für weitere 10 Jahre an](#), zeit.de vom 16.11.2023, abgerufen am 06.12.2023
33. ↑ [hier Europäische Kommission](#), abgerufen am 28.8.2023
34. ↑ [Pflanzenschutzmittel/Glyphosat Umweltbundesamt vom 05.02.2016](#), abgerufen am 02.09.2023
35. ↑ [Monsanto: noch mehr unsaubere Glyphosat-Studien](#), lobbycontrol.de vom 12.03.2020, abgerufen am 25.03.2020
36. ↑ [Monsanto: noch mehr unsaubere Glyphosat-Studien](#), lobbycontrol.de vom 12.03.2020, abgerufen am 25.03.2020
37. ↑ [Verdeckte Finanzierung: Monsanto's Lobbystudien zu Glyphosat](#), lobbycontrol.de vom 05.12.2019, abgerufen am 25.03.2020
38. ↑ [Nun soll massives Lobbying die Sorgen von Bayern lösen](#), wiwo.de vom 09.10.2024, abgerufen am 11.10.2024
39. ↑ [Gefälschte Postings: Ethik-Rat rügt BAYER](#), Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG), 10. September 2015, zuletzt aufgerufen am 11.9.2015

40. ↑ [PR-Ethik-Rat rügt Agentur mhoch3 und sieben Kunden. Planmäßige Täuschung von Online-User /innen durch gefälschte Postings](#), Österreichischer Ethik-Rat für Public Relations (PDF), 10. September 2015, zuletzt aufgerufen am 11.9.2015
41. ↑ [Uni Köln und Bayer dürfen Vertrag geheim halten](#), spiegel.de vom 18.08.2015, abgerufen am 25.03.2020
42. ↑ [Vorschlag für eine Richtlinie des Rates für die Umsetzung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Finanztransaktionssteuer](#), eur-lex.europa.eu vom 14.02.2013, abgerufen am 31.10.2023
43. ↑ [CFOS massiv von Finanztransaktionssteuer betroffen](#), finance-magazin vom 14.05.2013, abgerufen am 20.11.2023
44. ↑ [Debatte um die Finanztransaktionssteuer](#), taz vom 01.08.2013, abgerufen am 20.11.2023
45. ↑ [Finanzlobby: Im Auftrag des Geldes](#). Finanzwende Recherche 2022, S.56 ff.
46. ↑ [Weltwirtschaft: 1000 Ökonomen wollen Finanzmarktsteuer](#), abgerufen am 16.11.2023
47. ↑ [Offener Brief führender Finanzexpert:innen](#), abgerufen am 16.11.2023
48. ↑ [Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung](#), abgerufen am 16.11.2023
49. ↑ ["Die Finanztransaktionssteuer muss kommen"](#), Euractive.de vom 16.07.2020, abgerufen am 16.11.2023
50. ↑ ["Die vernünftigste Steuer in diesen Zeiten"](#), Le Monde diplomatique vom 11.12.2014, abgerufen am 16.11.2023

BASF

Der Umsatz der BASF-Gruppe liegt im Gesamtjahr 2025 bei voraussichtlich 59,7 Milliarden Euro (2024: 61,4 Milliarden Euro, 2021: 78,6 Milliarden Euro).^[1]

Der Konzern ist in den folgenden Bereichen tätig: Chemicals, Materials, Industrial Solutions, Nutrition & Care und Agricultural Solutions.^[2]

| BASF SE | |
|---|--|
|  The Chemical Company | |
| Rechtsform | Societas Europaea (Aktiengesellschaft) |
| Tätigkeitsbereich | Chemiebranche |
| Gründungsdatum | 1865 |
| Hauptsitz | Ludwigshafen |
| Lobbybüro | |
| Lobbybüro EU | Avenue de Cortenberg 60, B-1000 Brussels |
| Webadresse | www.basf.com |

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|----|
| 1 Beteiligung an Wintershall Dea und Harbour Energy | 16 |
| 2 Lobbyarbeit: Struktur und Strategien | 16 |
| 3 Parteispenden und Sponsoring | 16 |
| 4 Austausch zwischen Wirtschaft und Politik | 17 |
| 5 Mitgliedschaften | 17 |

| | |
|---|----|
| 6 Fallbeispiele und Kritik | 17 |
| 6.1 2024: Exklusivgipfel für die Chemieindustrie | 17 |
| 6.2 2022: Engagement gegen Gasembargo | 17 |
| 6.3 Einflussnahme der BASF auf die Standardsetzung der Nachhaltigkeitsberichterstattung | 18 |
| 6.4 2016: Wahlkampffinanzierung USA | 18 |
| 6.5 2015: Asset-Tausch mit Gazprom | 18 |
| 6.6 2012: Das Bienensterben | 18 |
| 6.7 Lobbyisten in Ministerien | 19 |
| 7 Weiterführende Informationen | 19 |
| 8 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus | 19 |
| 9 Einzelnachweise | 19 |

Beteiligung an Wintershall Dea und Harbour Energy

BASF ist u.a. am europäischen Gas- und Ölunternehmen [Wintershall Dea](#) mit 72,7 % beteiligt.^{[3][4]} Die restlichen Anteile hält die Luxemburger Investmentfirma Letter one, die zum Einflussbereich des russisch-israelischen Oligarchen Michail Friedman gehört.^[5] Am 02.03.2022 gab [Wintershall Dea](#) bekannt, keine zusätzlichen Projekte zur Förderung von Gas und Öl voranzutreiben oder umzusetzen und die Finanzierung von [Nord Stream 2](#) in Höhe von rund 1 Milliarde Euro abzuschreiben.^[6] Das Öl- und Gasgeschäft von Wintershall Dea ohne Russland-Bezug ist im September 2024 an das britische Öl- und Gasunternehmen [Harbour Energy Plc](#) übertragen worden.^[7] BASF und LetterOne bleiben Eigentümer von Wintershall Dea und sind im Rahmen der Transaktion auch Gesellschafter von Harbour Energy geworden.^[8]

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

Zum Zwecke der Interessenvertretung werden Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern des Bundeskanzleramtes und der Bundesministerien sowie mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages geführt – teilweise im Rahmen von selbst organisierten parlamentarischen Abenden und Diskussionsveranstaltungen.^[9] BASF nimmt auch über den [Verband der Chemischen Industrie](#) (VCI) und den [European Chemical Industry Council](#) (CEFIC), denen der Konzern angehört, Einfluss auf die Politik.

Im deutschen Lobbyregister gibt BASF an, im Jahr 2023 3.720.001 bis 3.730.000 Euro auszugeben und 31 Lobbyist:innen (Vollzeitäquivalent: 6,90) zu beschäftigen.^[10] Auch im Europäischen Transparenzregister ist BASF eingetragen und hat dort für das Jahr 2021 3.000.000 bis 3.499.999 Euro Lobbyausgaben und 27 beschäftigte Lobbyist:innen (Vollzeitäquivalent: 16,8) angegeben.^[11] Seit 2015 gab es 36 Treffen mit der EU-Kommission (Stand: 09.04.2022). 2021 erhielt BASF Finanzhilfen der EU in Höhe von 2.117.513 Euro.

Parteispenden und Sponsoring

Nach eigenen Angaben unterstützt BASF keine politischen Parteien. Das gelte auch für Regierungsmitglieder, Abgeordnete oder Kandidaten im Wahlkampf. In den USA hätten Mitarbeiter der BASF Corporation von ihrem Recht Gebrauch gemacht, ein „Political Action Committee (PAC)“ zu gründen. Das „BASF Corporation Employee PAC“ sei eine freiwillige, staatlich registrierte Vereinigung von Mitarbeitern. Sponsoring von einzelnen Veranstaltungen werde durch die „Political Relations and Advocacy-Policy“ geregelt. Jegliches Sponsoring werde in angemessener Weise transparent gemacht.

Quelle: ^[12]

Austausch zwischen Wirtschaft und Politik

Laut ihrer Webseite gibt es keine aktuellen Einsätze von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der BASF SE und der deutschen BASF-Gruppengesellschaften bei internationalen Organisationen, Regierungen, Ministerien sowie der öffentlichen Verwaltung - bzw. von Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung bei der BASF. BASF halte den Austausch zwischen Wirtschaft und Politik für wichtig und sei sich der mit dem sog. „Drehtür“-Effekt verbundenen Interessenkonflikte bewusst. In Bezug auf die sog. „Cooling-off“-Perioden halte sich BASF an geltende Vorschriften.

Quelle: ^[13]

Mitgliedschaften

Die 84 Organisationen, in denen BASF Mitglied ist, sind [hier](#) abrufbar. Dazu gehören der [Wirtschaftsrat der CDU](#), das [Wirtschaftsforum der SPD](#), der [Grüne Wirtschaftsdialog](#) und die [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#). Auf europäischer Ebene ist BASF u.a. Mitglied im [European Chemical Industry Council \(CEFIC\)](#) und [BusinessEurope](#).

Fallbeispiele und Kritik

2024: Exklusivgipfel für die Chemieindustrie

Am 20. Februar fand auf dem BASF-Gelände in Antwerpen ein Treffen zwischen dem belgischen Premierminister Alexander De Croo, EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und hochrangigen Unternehmensvertreter:innen der Chemiebranche statt. Bei dem Treffen, das von der Ratspräsidentschaft Belgiens organisiert wurde, sollte es um die Zukunft des Chemiesektors und das umweltpolitische Projekt des „EU Industrial Deal“ gehen. Umweltorganisationen blieben bei diesem Exklusivgipfel jedoch außen vor. ^[14] Den privilegierten Zugang der Chemiebranche zur Politik und den Ausschluss der Zivilgesellschaft kritisierten LobbyControl und 72 andere Organisationen in einem [offenen Brief](#) an den belgischen Premierminister.

2022: Engagement gegen Gasembargo

Die Debatte um ein mögliches Gasembargo gegen Russland als Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine veranschaulichte die Abhängigkeit energieintensiver Unternehmen, wie der BASF, von Erdgasimporten. BASF-Konzernchef Martin Brudermüller trat nur wenige Wochen nach Beginn der russischen Invasion im Frühjahr 2022 immer wieder mit drastischen Worten an die Öffentlichkeit. In zahlreichen Interviews stellte er die russischen Gaslieferungen als „Basis für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie“ dar, ^[15] warnte davor, dass ein Embargo „unseren Wohlstand zerstören“ würde ^[16] und sprach von „historisch beispiellosen Gefahren“. ^[17] Dies geschah trotz gegenteiliger Ansichten etwa des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) ^[18] oder auch der Leopoldina. ^[19]

Einflussnahme der BASF auf die Standardsetzung der Nachhaltigkeitsberichterstattung

Die BASF übt Einfluss auf die Standardsetzung der Nachhaltigkeitsberichterstattung auf nationaler und europäischer Ebene aus. Auf nationaler Ebene ist die BASF Mitglied im Deutschen Rechnungslegungs Standards Committee e.V. (DRSC) und finanziert das DRSC maßgeblich mit.^[20] Auf europäischer Ebene ist die BASF Mitglied und Finanzier der value balancing alliance (vba).^[21]

Der BASF Finanzvorstand Dr. Hans-Ulrich Engel ist einer von 40 Unterzeichnern eines Appells an den damaligen Bundesfinanzminister Christian Lindner. Der Appell forderte die European Sustainability Reporting Standards (ESRS) durch die weniger weitreichenden International Sustainability Standards Board (ISSB)-Standards zu ersetzen.^[22]

2016: Wahlkampffinanzierung USA

Der Konzern unterstützte bei den Kongresswahlen 2016 die Partei des umstrittenen republikanischen Kandidaten Donald Trump mit einem 'bemerkenswerten Einsatz von 339.000 Dollar, die er sogenannten 'Political Action Committees' (PAC) zur Verfügung stellte.^[23]

2015: Asset-Tausch mit Gazprom

Seit Ende des Kalten Krieges kooperierten BASF und deren Tochter [Wintershall](#) vermehrt mit dem russischen Staatskonzern [Gazprom](#). Anfang der 2010er Jahre strebten die drei Unternehmen einen Tausch von Vermögenswerten an: Während Wintershalls Gashandel- und -speichergeschäft an [Gazprom](#) übertragen werden sollte, sollte [Wintershall](#) im Gegenzug Anteile an Gazproms Gasfeldern in Sibirien erhalten. Trotz der damit einhergehenden, steigenden Bedeutung Gazproms für den deutschen Gasmarkt wurde das Geschäft von dem damaligen Wirtschaftsminister [Sigmar Gabriel](#) im Jahr 2013 zunächst genehmigt.^[24] Als Russland im Jahr 2014 die Krim annektierte, verzögerte sich der Verkauf jedoch aufgrund der gegen Russland verhängten EU-Sanktionen. Der damalige BASF-Chef Kurt Bock setzte sich daraufhin bei [Gabriel](#) für den Verkauf ein und drängte in einem Brief, das geplante Tauschgeschäft auch ohne neue Genehmigung zuzulassen.^[25] Gabriel leistete diesem Vorschlag Folge und vermerkte handschriftlich "Ich unterstütze den Antrag".^[26] Darüber hinaus erteilte er für den Deal eine Bürgschaft in Milliardenhöhe.^[27]

2012: Das Bienensterben

BASF initiierte, gemeinsam mit anderen, das [Bees Biodiversity Network](#). Das Bees Biodiversity Network möchte dem Bienensterben entgegen wirken und setzt sich für eine Förderung der biologische Vielfalt ein. Zweifelhaft wird das ganze, wenn man schaut wer hinter dieser Organisation steht: der Chemiekonzern BASF, der die wissenschaftliche und politische Diskussion zum Bienensterben begleiten und mitgestalten möchte. Ziel ist es, die Rolle von Pestiziden für das Bienensterben herunterzuspielen und andere Ursachen des Bienensterbens hervorzuheben.

Lobbyisten in Ministerien

BASF hatte Mitarbeiter in mindestens 4 Bundesbehörden und somit vielfältige Möglichkeiten, die eigenen Interessen bei der Ausarbeitung von Gesetzentwürfen einzubringen. Besonders nützlich war dies dem Konzern bei der Entstehung der **Europäischen Chemikalienrichtlinie REACH**, bei der die BASF einer der zentralen Lobbyakteure und Widersacher war. Ein Manager der BASF arbeitete zunächst in der internen Arbeitsgruppe der **EU-Kommission** zur Entstehung der Richtlinie mit, behielt aber seinen Arbeitsvertrag mit BASF. Als das Verfahren auf die nationale Ebene wechselte, wechselte er als externer Mitarbeiter ins **Bundeswirtschaftsministerium** – und trat im **Europaparlament** als Vertreter des deutschen Wirtschaftsministeriums auf.

- [Lobbyisten im Bundesministerium der Finanzen](#)
- [Lobbyisten im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit](#)
- [Lobbyisten im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie](#)
- [Lobbyisten im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung](#)

Weiterführende Informationen

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [BASF-Gruppe legt vorläufige Zahlen für das Gesamtjahr 2025](#) [vorbasf.com](#) vom 22.01.2026, abgerufen am 26.01.2026
2. ↑ [BASF-Bericht 2023](#), [lobbyregister.bundestag.de](#), abgerufen am 06.05.2025
3. ↑ [Die heikle Russland-Connection von BASF](#), [manager-magazin.de](#) vom 30.03.2022, abgerufen am 12.04.2022
4. ↑ [Wintershall Dea GmbH Konzernabschluss zum 31.Dezember 2020](#), [unternehmensregister.de](#), abgerufen am 13.04.2022
5. ↑ [Oligarch Friedman klagt über „Hausarrest“ in Londoner 70-Millionen-Villa](#), [stern.de](#) vom 29.03.2022, abgerufen am 13.04.2022
6. ↑ [Wintershall Dea schreibt Finanzierung von Nord Stream 2 ab](#), [wintershalldea.com](#), abgerufen am 12.04.2022
7. ↑ [Verkauf vollzogen: E&P-Assets von Winterhall Dea an Harbour Energy übertragen](#), [wintershalldea.com](#) vom 03.09.2024, abgerufen am 17.04.2025
8. ↑ [Verkauf des E&P-Geschäfts von Wintershall DEA an Harbour Energy vollzogen](#), [chemanager-online.de](#) vom 17.04.2024, abgerufen am 17.04.2025
9. ↑ [BASF](#), [lobbyregister.de](#), abgerufen am 04.05.2025
10. ↑ [BASF SE](#), [lobbyregister.bundestag.de](#), abgerufen am 08.04.2022
11. ↑ [BASF SE](#), [ec.europa.eu/transparencyregister](#), abgerufen am 09.04.2022

12. ↑ [Politische Spenden und Sponsoring](#), basf.com, abgerufen am 09.04.2022
13. ↑ [Austausch zwischen Wirtschaft und Politik](#), basf.com, abgerufen am 09.04.2022
14. ↑ [Lobbyismus in der EU. Blockieren und profitieren: Ein Exklusivgipfel für die Chemieindustrie](#) lobbycontrol.de, vom 20.02.2024, abgerufen am 05.03.2024
15. ↑ [„Wollen wir sehenden Auges unsere gesamte Volkswirtschaft zerstören?“](#) faz.net vom 04.04.22, zuletzt aufgerufen am 04.08.22
16. ↑ Ebd.
17. ↑ [BASF-Chef warnt vor historisch beispiellosen Gefahren](#) faz.net, vom 29.04.22 zuletzt aufgerufen am 04.08.22
18. ↑ [Energieversorgung in Deutschland auch ohne Erdgas aus Russland gesichert](#) diw.de vom 08.04.22, zuletzt aufgerufen am 04.08.22
19. ↑ [Wie sich russisches Erdgas in der deutschen und europäischen Energieversorgung ersetzen lässt](#) leopoldina.org vom 08.03.22, zuletzt aufgerufen am 04.08.22
20. ↑ [Kapitalmarktorientierte Industrieunternehmen und Verbände](#), Deutsches Rechnungslegungs Standards Committee e.V., abgerufen am 13.02.2025
21. ↑ [About us](#), Value balancing alliance, abgerufen am 13.02.2025
22. ↑ [Notwendiger Endorsement-Prozess für die Überführung der ISSB-Standards in EU-Recht](#), Deutsches Aktieninstitut vom 25.03.2022, abgerufen am 13.02.2022
23. ↑ [Wie deutsche Konzerne Donald Trump unterstützen](#), Die Welt, 18. Juli 2016, zuletzt aufgerufen am 22.7.2016
24. ↑ [Wintershall Dea: Ein deutsches Gasunternehmen als Agent Putins?](#) wdr.de vom 28.07.22, abgerufen am 05.08.2022
25. ↑ Ebd.
26. ↑ Ebd.
27. ↑ Ebd.

European Policy Centre

Das **European Policy Centre** (EPC) ist eine Brüsseler Denkfabrik mit exzellenten Verbindungen zu EU-Institutionen. Mitglieder sind eine Reihe von Großunternehmen und Wirtschaftsverbänden. Das EPC kam 2010 in die Kritik, weil es in den 90er Jahren als Vorfeldorganisation einer von der Tabakindustrie angeführten Unternehmensallianz diente.

Strategische Partner sind die King Baudoin Foundation, die Mercator Stiftung und die Adessium Foundation. Zu den think tank Partnern gehört die [Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik](#), das [Centre for European Reform](#) und weitere nationale Denkfabriken ^[1]. Es ist weiterhin Teil des [Transatlantic Policy Network](#) (TPN).

| European Policy Centre | |
|--------------------------|---|
| Rechtsform | AISBL (nach belgischem Recht) |
| Tätigkeitsbereich | Denkfabrik |
| Gründungsdatum | 1997 |
| Hauptsitz | Brüssel |
| Lobbybüro | |
| Lobbybüro EU | Rue du Trône, 14-16, 1000 Brussels |
| Webadresse | http://www.epc.eu |

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|----|
| 1 Lobbystrategie und Einfluss | 21 |
| 2 Kurzdarstellung und Geschichte | 22 |

| | |
|--|----|
| 3 Organisationsstruktur und Personal | 22 |
| 3.1 Mitglieder | 22 |
| 3.2 Präsidentin | 23 |
| 3.3 Geschäftsführer | 23 |
| 3.4 Verwaltungsrat | 23 |
| 3.5 "General Assembly" | 23 |
| 3.6 Beirat (Strategic Council) | 24 |
| 4 Finanzen | 25 |
| 5 Fallstudien und Kritik | 26 |
| 5.1 Das EPC als Vorfeldorganisation für die Tabakindustrie | 26 |
| 6 Weiterführende Informationen | 26 |
| 7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus | 26 |
| 8 Einzelnachweise | 26 |

Lobbystrategie und Einfluss

Zu den Vorteilen einer Mitgliedschaft verweist das EPC u.a. auf den einzigartigen Zugang zu seinem Netzwerk von Organisationen sowie zu EU-Kommissar:innen, EU-Parlamentarier:innen, hochrangigen Vertreter:innen von EU-Institutionen und internationalen Organisationen, die regelmäßig bei den Veranstaltungen auftreten.^[2] Über seine Veranstaltungen und Publikationen nehme es Einfluss auf die Diskussionen zu Europa und die wichtigen Fragen, denen sich die EU konfrontiert sehe. Das EPC agiere als Katalysator für neues Denken und neue Lösungen. Viele Mitglieder des EPC sind Großunternehmen und einflussreiche Verbände, die über die genannten Kontaktmöglichkeiten ihre wirtschaftlichen Interessen bei der Ausgestaltung eines neuen Europa einbringen können. Zu den Großunternehmen gehören z.B. [BASF](#), [ExxonMobil](#), [Google](#) und [Siemens](#), zu den Verbänden [BusinessEurope](#), der [Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft \(BDEW\)](#), [Cefic](#), [EuropaBio](#) und [DIGITALEUROPE](#).

Die Kontaktaufnahme zur EU wird auch dadurch erleichtert, dass ehemalige ranghohe Vertreter:innen von EU-Institutionen beim EPC mitwirken. So war der Präsident des EPC, Hermann Van Rompuy, Vorsitzender des Europäischen Rats. Fabio Colasanti, Mitglied der Generalversammlung, ist ein ehemaliger Generaldirektor der Europäischen Kommission. Joaquin Almunia, Mitglied des Beirats, als auch des Vorstandes, war EU-Wettbewerbskommissar. 2020 hat das EPC ca. 240 Veranstaltungen organisiert, von denen der Großteil öffentlich waren und die, aufgrund der Corona-Pandemie, hauptsächlich online stattfanden.^[3] Weiterhin erstellte das EPC 2020 101 Publikationen. Zudem haben sich Vertreter:innen des EPC insgesamt 57 Mal mit Mitgliedern der Europäischen Kommission getroffen.^[4]

Kurzdarstellung und Geschichte

Lobbyismus in der EU



- [Überblick A-Z](#)
- [Lobbyismus in der EU](#)

Das EPC wurde 1997 von Stanley Crossick, Max Kohnstamm und John Palmer gegründet. Gründungsvorsitzender war der Lobbyist Stanley Crossick, u.a. Gründer des Belmont European Community Office und des Belmont European Policy Centre sowie Senior Vice-Chairman der American Chamber of Commerce (EC Committee).^[5]

Das EPC analysiert Entwicklungen in der EU und erarbeitet Reformvorschläge, die sie Vertreter:innen der EU-Institutionen nahe bringt. Als Schwerpunktthemen werden genannt: „European Politics and Institutions“, „European Migration and Diversity“, „Europe in the World“, „Sustainable Prosperity for Europe“, Europe’s Political Economy“ und „Social Europe & Well-being“.

Organisationsstruktur und Personal

Mitglieder

Mitglieder: 340 (Stand: 02/2023), darunter

- 54 international tätige Großunternehmen
- 80 Verbände
- 61 Diplomatische Vertretungen
- 23 Stiftungen
- 6 Regierungsorganisationen
- 12 zwischenstaatliche Organisationen
- 51 Nichtregierungsorganisationen
- 34 regionale und lokale Regierungsorganisationen
- 6 religiöse Organisationen
- 3 Universitäten und
- das Internationale Komitee des Roten Kreuzes und die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)
- 8 Weitere

Quelle: ^[6]

Präsidentin

Präsidentin ist:

- Brigid Laffan, ehem. Direktorin des Robert Schumann Centre for Advanced Studies, European University Institute

Geschäftsführer

Geschäftsführer („Chief Executive“/„Secretary to the General Assembly“) ist:

- Fabian Zuleeg, Executive Board [Transparency International EU](#) ^[7]

Verwaltungsrat

Mitglieder sind:

- David O'Sullivan, ehem. EU-Botschafter in den Vereinigten Staaten
- Rachel Barlow, stellvertr. Direktorin der 'Public affairs Europe' von Oxford HR
- Jim Cloos, ehem. Generaldirektor für allgemeine und institutionelle Politik, Generalsekretariat des EU-Ministerrats
- Susan Danger, CEO der American Chamber of Commerce to the EU
- Stefan Schäfers, Leiter der Abteilung für Europäische Angelegenheiten der King Baudouin Stiftung
- Alexander Stubb, Direktor der School of transnational governance, European University Institute
- Nathalie Tocci, Direktorin des Istituto Affari Internazionali und Beraterin der ehem. Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Federica Mogherini und Honorarprofessorin an der Universität Tübingen

Quelle: ^[8]

"General Assembly"

Mitglieder sind:

Zu den Mitgliedern gehören die sonstigen Mitglieder des Verwaltungsrats sowie fünf weitere Personen

- Poul Skytte Christoffersen, ehem. dänischer Botschafter in Belgien, ehem. Ständiger Vertreter Dänemarks bei der EU
- Jacki Davis, Senior Adviser für Kommunikationsstrategie
- Luc Tayart de Borms, Geschäftsführer der King Baudouin Stiftung
- Philippe de Buck, Senior Advisor, [Hill+Knowlton Strategies](#), Mitglied des [Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses](#)
- Andrew Duff, Präsident der [Spinelli Group](#), Ehemaliger Abgeordneter des [[Europäisches Parlament|Europäischen Parlaments] *George Pagoulatos, Professor für Europäische Politik an der Wirtschaftsuniversität Athen, Vizepräsident der Hellenic Foundation for European and Foreign Policy (ELIAMEP)

Quelle: ^[9]

Beirat (Strategic Council)

Mitglieder, u.

a.:

- Ehrenpräsident
- Herman Van Rompuy**
 - TomorrowLab, Vorsitzender des Beirats ^[10]
 - bis 11/2014 Präsident des Europäischen Rats
 - ehem. belgischer Premierminister
- Joaquin Almunia**
 - Centre for European Policy Studies (CEPS), Mitglied des Verwaltungsrats („Board of Directors“) ^[11]
 - Friends of Europe, Mitglied des Kuratoriums („Board of Trustees“) ^[12]
 - bis 2014 EU-Wettbewerbskommissar und Vizepräsident der EU-Kommission
- Lord Kerr of Kinlochard**
 - **Royal Dutch Shell**, 2005-2012 Stellv. Vorstandsvorsitzender
 - ehem. Botschafter Großbritanniens bei der EU
- Erika Mann**
 - seit 10/2011 Facebook, Leiterin des Brüsseler Lobbybüros *ehem. Mitglied des Europäischen Parlaments für die SPD *Atlantic Council, Senior Fellow
- Jo Leinen**
 - SPD, Mitglied des Europäischen Parlaments
- Wolfgang Schüssel**
 - Bertelsmann Stiftung, Mitglied des Kuratoriums *European Council on Foreign Relations (ECFR), Mitglied
 - ehem. österreichischer Bundeskanzler
- Hendrik Bourgeois**
 - **Apple**, Direktor für Strategie und Politik in Europa und Russland
- Marta Dassù**
 - **Aspen Institute**, Direktorin für Europangelegenheiten
 - Zeitschrift Aspenia, Chefredakteurin
- Catherine Day**
 - **EU-Kommission**, ehem. Generalsekretärin
- Jean Claude Juncker**
 - ehemaliger Präsident der **EU-Kommission**
- Brigide Laffan** (Präsidentin)
 - Robert Schumann Centre for Advanced Studies (European University Institute), ehem. Direktorin

Mitglieder, u.

a.:

- Antonio Missiroli**
- NATO, Stellvertretender Generalsekretär für aufkommende Sicherheitspolitische Herausforderungen
- Federica Mogherini**
- ehem. Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik
- Kristina Persson**
- Denkfabrik Global Challenge, Gründerin
 - ehem. Schwedische Ministerin
 - ehem. Mitglied des **EU-Parlaments**
- Jean-Claude Piris**
- ehem. Generaldirektor des Juristischen Dienstes der Europäischen Union
- Janez Potočnik**
- ehem. Europäischer Kommissar für Umwelt
- Mario João Rodrigues**
- Ehem. Mitglied des **EU-Parlaments**
 - Professorin für Wirtschaft an der Universität Lissabon
- Peter Semneby**
- ehem. EU-Sonderbeauftragter für den Südkaukasus
- Rita Süssmuth**
- ehem. Präsidentin des Deutschen Bundestages
- Zeger Vercouteren**
- Johnson&Johnson , Vize-Präsident für Regierungsangelegenheiten und Politik im Raum Europa

(Stand: Februar 2023) Quelle: ^[13]

Finanzen

Das Budget lag im Jahr 2021 bei 3,5 Mio Euro. Die größten Beiträge kamen von der King Baudouin Stiftung, der Stiftung Mercator, dem europäischen Förderprogramm „Europe for Citizens“ und der Adessium Stiftung. Eine Liste der Förderer, die 2019 5000 Euro oder mehr gespendet haben, findet sich hier. ^[14] Die Lobbyausgaben lagen im Jahr 2020 zwischen 2,5 bis 2,75 Mio Euro. ^[15]

Quelle: ^[16]

Fallstudien und Kritik

Das EPC als Vorfeldorganisation für die Tabakindustrie

Eine Allianz von Großunternehmen und Wirtschaftsverbänden setzte in den 1990er Jahren durch, dass europäische Gesetze vorab auf ihre ökonomischen Kosten untersucht und dabei vor allem die betroffenen Branchen gehört werden sollten. Damit sollte der Ablauf des europäischen Gesetzgebungsverfahrens prinzipiell so gestaltet werden, dass die eigenen Interessen möglichst gut zur Geltung kommen. Die strategische Allianz von Großunternehmen und Wirtschaftsverbänden wurde von dem Lucky Strike-Hersteller **British American Tobacco** (BAT) ins Leben gerufen.

Um die Glaubwürdigkeit der Lobbykampagne zu erhöhen, sollte nicht BAT selber, sondern eine möglichst renommierte „Frontorganisation“ die Initiative ergreifen. Ausgewählt hierfür wurde das European Policy Centre (EPC) als Brüsseler Denkfabrik mit exzellenten Verbindungen zur EU-Administration. EPC wiederum gründete im Auftrag von BAT das „risk assessment forum“, das als Plattform für Unternehmen gedacht war, die von staatlicher Regulierung besonders betroffen sind. Dieses Vorgehen wurde durch eine Studie in der Medizinzeitschrift "Public Library of Science" im Januar 2010 bekannt. EPC sagte nach dem Erscheinen, das EPC habe sich seitdem grundlegend umstrukturiert.^[17]

Weiterführende Informationen

- [Immer erst die Industrie fragen](#), LobbyControl-Blog vom 23.03.2010 zu der Studie über EPCs Tätigkeit als Frontgruppe der Tabakindustrie in den 90er Jahren

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [think-tank-partners](#), epc.eu, abgerufen am 21.01.2022
2. ↑ [EPC's international membership](#), epc.eu, abgerufen am 24.01.2022
3. ↑ [EU-Transparenzregister](#), europa.eu, abgerufen am 24.01.2022
4. ↑ [EU-Transparenzregister](#), europa.eu, abgerufen am 24.01.2022
5. ↑ [Corporate Europe Observer Part One: The European Policy Centre](#), archive.corporateeurope.org 23.10.1998, abgerufen am 27.01.2022
6. ↑ [Jahresbericht EPC 2021](#), abgerufen am 06.02.2023
7. ↑ [Transparency International EU](#), abgerufen am 27.01.2022
8. ↑ [Governing Board](#), epc.eu, abgerufen am 06.02.2023
9. ↑ [Generalversammlung](#), epc.eu, abgerufen am 06.02.2023
10. ↑ [Management Advisory Board](#), tomorrowlab.com, abgerufen am 27.01.2022
11. ↑ [CEPS Board of Directors](#), cepe.eu, abgerufen am 28.01.2022
12. ↑ [Board of Trustees](#), friendsofeurope.org, abgerufen am 27.01.2022

13. ↑ [Strategic Council](#) Webseite EPC, abgerufen am 06.02.2023
14. ↑ [Contributions](#) Webseite EPC, abgerufen am 01.02.2022
15. ↑ [Lobbying Costs](#) Lobbyfacts EU, abgerufen am 03.02.2022
16. ↑ [Financing](#) Webseite EPC, abgerufen am 01.02.2022
17. ↑ [Immer erst die Industrie fragen](#), LobbyControl-Blog vom 23.3.2010, abgerufen am 01.02.2022

AmCham EU

American Chamber of Commerce to the European Union (AmCham EU)

[[Bild:<date>|center]]

Rechtsform Non-profit association

Tätigkeitsbereich Interessenvertretung von US-Unternehmen mit Aktivitäten in der EU

Gründungsdatum

Hauptsitz Avenue des Arts 53, Brüssel

Lobbybüro

Lobbybüro EU Avenue des Arts 53, Brüssel

Webadresse <http://www.amchameu.eu/>

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|----|
| 1 Kurzdarstellung und Geschichte | 28 |
| 2 Organisationsstruktur und Personal | 28 |
| 2.1 Mitglieder | 28 |
| 2.2 Struktur | 29 |
| 2.3 Mitarbeiter in Führungspositionen | 29 |
| 2.4 Institutional Affairs Committee | 29 |
| 2.5 Spezialisierte Gruppen | 29 |
| 2.6 Verbindungen | 29 |
| 3 Finanzen | 30 |
| 4 Lobbystrategien und Einfluss | 30 |
| 5 Fallstudien und Kritik | 30 |
| 6 Weiterführende Informationen | 30 |
| 7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus | 30 |
| 8 Einzelnachweise | 30 |

Kurzdarstellung und Geschichte

Die American Chamber of Commerce to the European Union (**AmCham EU**) vertritt die Interessen der US-Wirtschaft in der EU. In ihr sind 158 US-Unternehmen aus diversen Branchen organisiert. Es handelt sich um eine rechtlich selbständige Organisation, die Mitglied der [U.S. Chamber of Commerce](#) ist, einer der weltweit größten Lobbyorganisationen. Sie ist auch Mitglied des European Council of American Chambers of Commerce ([AmChams in Europe](#)).

Das Sekretariat besteht aus 20 festangestellten Mitarbeitern. Die Mitglieder betätigen sich über ein Netzwerk von Komitees, vier Management-Gruppen und dem Exekutivrat ("Executive Council"). Es werden Expertisen von über 650 Experten angeboten. Die Organisation hat enge Beziehungen zu EU-Offiziellen und europäischen politischen Entscheidungsträgern aufgebaut.

Die Positionspapiere ("Position Papers") sind [hier](#) abrufbar. Themen sind u.a. das TTIP, die REACH-Verordnung, die Klima- und Energiepolitik, die Tabakrichtlinie und die Strukturreform des Bankwesens.

Zu den Vorteilen einer Mitgliedschaft gehören nach eigenen Angaben u.a.:

- Zugang zu den Entscheidungsträgern, die die EU-Politik beeinflussen
- Zusammenarbeit mit der [United States Mission to the European Union](#) und der [AmChams in Europe](#)
- Beeinflussung der EU-Politik und EU-Gesetzgebung, soweit diese die Geschäfte und Investitionen der Mitglieder berühren
- Sammlung von Wissen zu Änderungen bei den EU-Institutionen und neuen politischen Initiativen
- Zugang zu den Publikationen und praktischen Hinweisen zu EU-Institutionen mit Erklärungen zu wichtigen politischen Vorhaben und deren Auswirkungen auf das Geschäft

Organisationsstruktur und Personal

Mitglieder

Zu den Mitgliedern gehören einige der weltweit größten Unternehmen, Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, Anwaltskanzleien und Lobbyorganisationen.

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar.

Zu den Großunternehmen gehören z.B.

- [ExxonMobil](#)
- [Goldman Sachs](#)
- [Google](#)
- [Monsanto](#)
- [Amazon](#)
- [Microsoft](#)
- [IBM](#)

Zu den Wirtschaftsprüfungsgesellschaften/Anwaltskanzleien gehören z.B.

- [Ernst & Young](#)
- [Freshfields](#)

- [Linklaters](#)

Zu den Lobby-Agenturen gehören z.B.

- [Burson-Marsteller](#)
- [Hill+Knowlton](#)
- [Fleishman-Hillard](#)

Struktur

Die Struktur der Organisation ist [hier](#) abrufbar.

Mitarbeiter in Führungspositionen

- Susan Danger (CEO)
- Lucia Vaculova (Associate Manger)
- Maximiliano Santy (Senior Operations Director)
- Thibaut L'Ortye (Director of Public Affairs)

Institutional Affairs Committe

Dieses Komitee beschäftigt sich mit der eigentlichen Lobbyarbeit (Aktuelle Themen: Veränderungen bei den EU-Institutionen, Regulierungen, Europäische Transparenz-Initiative; EU-US Regulierungsmodelle, EU-Gesetzgebung)

Spezialisierte Gruppen

Hierzu gehören u.a.:

- **TTIP-Task-Force**. Deren Themen sind der **Transatlantic Economic Council**, die **High Level Working Group on Jobs and Growth** und der **Transatlantic Legislators' Dialogue**. Sie koordiniert insbesondere den Input der AmCham EU an den **Transatlantic Economic Council**, deren Stakeholder/Advisor die **U.S. Chamber of Commerce** ist.
- **Legal Affairs Task Force**. Sie dient als Diskussionsforum für Themen mit EU-rechtlichem Hintergrund, die sich für die Mitglieder als Bedrohung oder als günstige Gelegenheit erweisen können.
- **European Parliament Outreach Task Force**. Ihre Aufgabe ist es, die Interaktion zwischen der AmCham EU und dem Europäischen Parlament zu fördern. Dazu sollen insbesondere die Beziehungen zu den Mitgliedern des Parlaments gestärkt werden.

Verbindungen

AmCham EU ist Mitglied der folgenden Organisationen:

- European Council of American Chamber of Commerce (**AmChams in Europe**)
- [U.S. Chamber of Commerce](#)
- [European Policy Centre \(EPC\)](#)
- [Centre for European Policy Studies \(CEPS\)](#)
- [Friends of Europe](#)

- **Cross-Industry Initiative**, eine Super-Lobby-Gruppe mehrerer Branchen zum Abbau der EU-Regulierung für Chemikalien
- EU-"Platform for Tax Good Governance"^[1] deren Thema EU-Steuerreformen sind

Finanzen

Lobbystrategien und Einfluss

Laut den Angaben im [EU-Transparenzregister](#) betragen die Ausgaben für direkte Lobbyarbeit bei den EU-Institutionen im Jahr 2015 zwischen einer Million und 1,25 Millionen Euro.

Fallstudien und Kritik

genauere Recherchen zu einzelnen Lobbyprojekten, Kampagnen

Weiterführende Informationen

- ...

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Platform for Tax Good Governance](#), ec.europa.eu, abgerufen am 09.08.2018